



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 12.08.2011

AN/1492/2011

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	13.10.2011

Beitritt der Stadt Köln zu dem Pilotprojekt „Städte und Gemeinden,, des Internetportals abgeordnetenwatch.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 13. Oktober 2011 zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beitritt der Stadt Köln zu dem Pilotprojekt „Städte und Gemeinden“ des Internetportals „abgeordnetenwatch.de“ vorzubereiten und schnellstmöglich umzusetzen.

Zur Begründung: Die Politikverdrossenheit hat in Deutschland nicht zuletzt durch das Versagen der etablierten Parteien auf breiter Front ein Ausmaß erreicht, das sehr besorgniserregend ist. Gerade bei Kommunalwahlen zeigt sich an der zumeist sehr geringen Wahlbeteiligung, dass die Bürger an den Belangen vor Ort das Interesse verloren haben und den etablierten Politikern das Übernehmen von Verantwortung für die bürgerschaftlichen Interessen nicht mehr zutrauen.

Die Ursache hierfür ist unter anderem darin zu suchen, dass nur wenig Kontakt zwischen Bürgern und Politikern stattfindet. Das Internetportal „abgeordnetenwatch.de“ hat sich hier in Wahlkampfzeiten und auf der Ebene der Landesparlamente und des Bundestages darin bewährt, den Bürgern eine niederschwellige Kontaktmöglichkeit zu ihren Abgeordneten zu bieten, die rege genutzt wird.

Mit dem Pilotprojekt „Städte und Gemeinden“ möchte abgeordnetenwatch.de dieses bewährte System der Kontaktaufnahme nun auch für die Mandatsträger in den Städten und Gemeinden zur Verfügung stellen. In der näheren Kölner Umgebung haben bereits Leverkusen und Bonn ihren Beitritt zu dem Pilotprojekt erklärt und Köln sollte hier nicht zurückstehen. Schließlich geht es darum, die

Kommunalpolitik ein Stück weit bürgernäher zu machen. Das sollte im Interesse alle kommunalen Mandatsträger liegen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Wiener
Uckermann